

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

»Seit über 20 Jahren befinden sich politische Gefangene in bundesdeutschen Gefängnissen. In der Regel sind sie erschweren Sonderhaftbedingungen, wie z.B. Isolationshaft, unterworfen.« Mit dieser Einleitung beginnt ein Aufruf zur finanziellen Unterstützung politischer Gefangener.

Waldemar Schindowski, Redaktion Berlin ● Die Idee einer Initiative zur Unterstützung der politischen Gefangenen ist vor einem Jahr auf einem CONTRASTE-Plenum entstanden. Seit nun bald 10 Jahren erscheint CONTRASTE als überregionale Monatszeitung für Selbstverwaltung. Schwerpunkte sind dabei: Arbeiten ohne Chef, Alternativmedien, Frauenprojekte, Kommunen, Kultur von unten und andere selbstverwaltete Zusammenhänge.

Anliegen dieser Extra-Ausgabe ist, über den AbonnentInnen-Kreis hinaus, auf die Situation der politischen Gefangenen in den deutschen Gefängnissen aufmerksam zu machen. Trotz aller Ankündigungen seitens staatlicher Stellen, als Stichwort sie hier nur die »Kinkel-Initiative« genannt, haben sich die Haftbedingungen der politischen Gefangenen nicht im geringsten verändert. Das scheinbar verlockende Dialogangebot des Staates und die Erklärung der RAF, bewaffnete Aktivitäten auszusetzen, haben zu keinem positiven Ergebnis geführt.

Rückblickend läßt sich sagen, daß einzig die RAF und die Gefangenen »vorgeführt« wurden. Die vielen Scheinaktivitäten, die suggeriert haben, daß eine Verbesserung der Haftbedingungen – wenn nicht eine Freilassung – für viele Gefangene auf der Tagesordnung steht, haben sich ins Gegenteil umgekehrt. Trotz aller derzeitigen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Gefangenen und der RAF, sind Initiativen zur

Unterstützung der sozialen und rechtlichen Situation der politischen Gefangenen notwendiger denn je! Exemplarisch sei hier nur ein Beispiel von Anfang November 1993 genannt:

Ausgehend von Informationen des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg, welches angebliche Hinweise auf einen »kollektiven Selbstmord als demonstrativen Akt« der Gefangenen aus der RAF hatte, wurden gleich Haftverschärfungen durchgeführt und die Gefangenen empfanden diese Situation als »äußerst konkrete Bedrohung gegen uns« (Irmgard Möller, Christine Kuby, Hanna Krabbe). In einer Presseerklärung von RechtsanwältInnen heißt es u.a.: »Das Szenario erinnert an den Tod der Gefangenen in Stammheim 1977, dem auch Gerüchte über angebliche Selbstmorde vorausgingen.«

Es bleibt die Tatsache, daß die politischen Gefangenen weiterhin Geiseln des Staates sind. Kein vernünftiger Grund läßt sich finden, weiterhin die Gefangenen unter der Tortur des Knastes – wie seit über 20 Jahren – festzuhalten. Einzig Rache und die Forderung nach Unterwerfungsritualen der politischen Gefangenen sind die Beweggründe seitens des Staates, wobei hinzu kommt, daß eine Reihe von Gefangenen – zum Beispiel Christian Klar, obwohl schon zu lebenslänglich verurteilt – nochmals in (an andere deutsche Zeiten erinnernde) Gerichtsverhandlungen zu zusätzlichen, langen Haftstrafen verurteilt werden. »Die Gefangenen sitzen dafür, weil sie den Staat angegriffen haben. Aber kein Staat hat das Recht, seinen politischen Gegner zu foltern.« (Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer) – Darum geht es!

Der Aufruf »Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen« hat die Intention, daß sich selbstverwaltete Betriebe, Projekte und Kollektive mit den sozialen, medizinischen und rechtlichen Belangen der politischen Gefangenen solidarisch erklären. Erster Ausdruck dieser Solidarität ist die Entscheidung des »Netzwerk Selbsthilfe« Berlin, diese vier Seiten finanziell zu unterstützen. ●

IMPRESSUM

Herausgeber:
CONTRASTE e.V., Postfach 104520,
69035 Heidelberg
V.d.I.S.d.P.: Waldemar Schindowski
c/o CONTRASTE e.V.

Freiheit



Kundgebung vor dem Knast Berlin-Plötzensee, 2.4.1989

Foto: Umbruch Bildarchiv

GESPRÄCH ÜBER POLITISCHE GEFANGENE, SOLIDARITÄT UND WAS TUN?:

Drinnen und Draußen – Ein Kampf?

Das nachfolgende Gespräch fand Anfang November 1993 in Berlin statt. Da solche Gespräche zwischen verschiedenen Teilen der Linken nicht gerade alltäglich sind, kamen wir nicht über ein Anreizen der verschiedenen Themenkomplexe hinaus. Von daher kann dieser Text auch nur einen Einblick wiedergeben. In dem Gespräch wird immer wieder auf die Auseinandersetzungen zwischen den Gefangenen Bezug genommen. Dabei geht es um die Auseinandersetzung zwischen Teilen der Gefangenen und der RAF. Vorwurf ist folgender: »Die Gefangenen in Celle und die Illegalen haben versucht, die Gefangenen aus der RAF in eine Politik und einen Weg einzuspinnen, von dem sie nicht erfahren sollten und in dem das, was ihr Leben und ihren Kampf ausmacht, zur Disposition gestellt werden sollte.« (aus einer Erklärung der Angehörigen der Gefangenen)

Nachzulesen ist diese Auseinandersetzung in folgenden Zeitungen: Brief von Birgit Hogefeld an Helmut Pohl, veröffentlicht im »Angehörigen-Info« Nr. 129, Erklärung der RAF, veröffentlicht in der »Frankfurter Rundschau« v. 6.11.1993, Text von Karl-Heinz Dellwo für die Gefangenen in Celle, veröffentlicht in der »taz« vom 1.11.1993, verschiedene Texte von Gefangenen in der »Clockwork 129a«, Nr. 33/34, vom 16.11.1993, »Angehörigen-Info« Nr. 132 ff. mit Stellungnahmen verschiedener politischer Gefangener.

Bei Interesse an dieser Auseinandersetzung können entweder die Zeitungen direkt angeschrieben werden (siehe auch Anzeige »Angehörigen-Info« auf der Seite 10) oder es kann bei CONTRASTE eine Dokumentation mit den o.g. Texten bestellt werden. Der Preis beträgt 15 DM und der Überschuß geht auf das Soli-Konto.

Die TeilnehmerInnen an diesem Gespräch waren Axel (ID-Archiv, Amsterdam), Chris (u.a. Taxifahrer und Mitarbeiter in einem Berliner Kollektivverband), Leh (Mitarbeiter eines Repro- und Foto-Kollektivs sowie in einem Wohn-Kollektiv in Berlin), Konny (Mitarbeiterin in einer linken Tageszeitung und seit Jahren in der Solidaritätsarbeit mit politischen Gefangenen), Roland (ehemaliger politischer Gefangener) und Waldemar (für CONTRASTE).

Waldemar: Seit der sogenannten »April-Erklärung« der RAF ist eine Reihe im Bewegung geraten. Von seiten der Illegalen wurde der bewaffnete Kampf zurückgenommen, gekoppelt mit der Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen. Man kann heute feststellen, daß dies nicht geklappt hat und der Staat in dieser Frage keine Beweglichkeit zeigt. Zwar gibt es »draußen« eine Reihe von Initiativen, die versuchen, sich solidarisch und praktisch zu den Gefangenen zu verhalten, andererseits habe ich schon das Gefühl, daß ein Stillstand eingetreten ist. Woran liegt das und auf welcher Grundlage kann ein Verhalten zu den politischen Gefangenen geschehen?

Leh: Ich war Anfang Oktober bei der Demonstration zur Freilassung von Irmgard Möller in Lübeck und habe da gedacht, auf was für einen Haufen ist in diesem Land die kritische Öffentlichkeit zusammengeschmolzen. Zu dieser Demo wurde bundesweit mobilisiert, indes kommen bestenfalls 1.000 Leute. Ich denke, daß dies auch etwas über unsere desolante Lage aussagt.

Axel: Ich habe bei der ganzen Diskussion um die Situation und Positionen der Gefangenen das Gefühl, daß versucht wird, eine Projektionsfläche zu finden, eine Gruppe zu finden, die so-

zusagen die Gesamtverantwortung, die Konsequenz übernimmt. Was bei allen Diskussionen im Zusammenhang mit RAF und Knast meiner Meinung nach eine Rolle spielt, ist die Angst: Die GenossInnen verlassen einen und gehen weg. Das ist immer auch psychologisch bedingt und davon muß man einfach mal weg. Ein wesentlicher Punkt ist die soziale Verantwortung – oder um es auch größer zu sagen, die politische Verantwortung. Was mich immer aufgeregt hat, ist große Sprüche zu machen und wenn die Leute dann sitzen, dann sich nicht mehr darum zu kümmern, auch materiell. Von daher finde ich den Ansatz zur finanziellen Unterstützung der politischen Gefangenen gut, sozusagen das »garantierte Mindesteinkommen« für Gefangene aus der RAF. Dies ist die Mindestvoraussetzung um sich überhaupt zusammen zu setzen und diskutieren zu können.

Konny: Ich kann nur sagen, daß aus Berlin erstaunlich viele Leute aus den unterschiedlichsten Szenen bei der Demonstration zur Freilassung von Irmgard Möller in Lübeck waren. Trotzdem war es erschreckend, wie wenig Leute da waren, auch wenn insgesamt die Bereitschaft der Leute, auf die Straße zu gehen, weniger geworden ist. Sei dies beim Thema Flüchtlinge oder Antifa, welches im Prinzip die gleichen Kreise umfaßt und wo zur Zeit wenig überspringt. Es bleibt jedoch die Aufgabe, daß man die Arbeit weiterführt und die ganzen Dinge, die in den letzten zwanzig Jahren geschehen sind, nicht vergißt – seit über zwei Jahrzehnten befinden sich politische Gefangene im Knast – obwohl diese Situation ganz be-

drohlich ist. Die Perspektive liegt nicht in der Schwäche, sondern präsent zu sein, trotz der zur Zeit vorhandenen Situation, in der man nicht das Gefühl haben kann, daß es klappt. Die Auseinandersetzungen unter den Gefangenen ist meiner Meinung nach auch Ausdruck dessen, daß keine Perspektive da ist, auch aus dem Knast raus zu kommen.

Chris: Das Problem ist eigentlich das der Schwäche. Im Grunde genommen ist doch die Situation so, daß sämtliche Angebote vom Staat mit der Forderung, dem bewaffneten Kampf abzuschwören, verknüpft werden. Zur Zeit ist der Staat nicht darauf angewiesen, sich in dieser Frage zu bewegen. Deutlich wird dies bei den Prozessen, die zum Beispiel gegen Christian Klar geführt werden. Obwohl schon zu lebenslänglich verurteilt, wurden nochmals Prozesse gegen ihn und andere geführt, die keinen Sinn machen. Dreimal lebenslänglich – was soll das? –, dies ist Ausdruck der herrschenden Meinung auf Staatsseite. Was könnte nun die Perspektive einer Bewegung oder Initiative sein, die die Geschichte des Knastes berücksichtigt? Vorstellen könnte ich mir zum Beispiel – ohne zu sagen, daß dies die Perspektive ist – eine Initiative zu starten, die die Forderung stellt, daß die Höchstdauer von Knast auf 15 Jahre begrenzt wird. Dies ist keine Forderung mit einer revolutionären Perspektive, jedoch sind dabei auch andere Gefangene und Organisationen mit einzubeziehen. Dies wäre eine reformistische Bewegung, welche nicht das System des Knastes in Frage stellt, die aber versucht, eine Perspektive – ein absehbares Ende der Haft – für die zu zwei- bis dreimal lebenslänglich Verurteilten zu erreichen.

Leh: Was mir an den kontroversen Briefen der RAF-Gefangenen aufgefallen ist, ist das symbolische Türkmallen in der Diskussion. So als hätten welche absolut Recht mit ihrer Einschätzung oder Meinung. Für mich ist diese Haltung nicht ange-sagt. Wo es doch in den letzten Jahren immer hieß: Wir haben mehr Fragen als Antworten. Dazu gibt es zu unterschiedliche Ebenen, die ich alle total wichtig finde. Zum Beispiel durch die Vermittlung von linker Widerstandsgeschichte der letzten Jahrzehnte. Wir haben hier in Berlin im letzten Frühjahr die »SO-36-Tage« veranstaltet. Unter anderen erzählten dort auch Brigitte Asdonk und Ralf Reinders gemeinsam einen Abend lang, wie sie als Beteiligte die verschiedenen Geschichten von RAF und der Bewegung 2. Juni erlebt haben. Und ich habe dort Leute beobachtet, die waren vielleicht 13 oder 14 Jahre alt, die den beiden an den Lippen gehangen haben. Das heißt für mich: Natürlich ist das Rauskommen der Gefangenen wichtig und wir müssen diskutieren, wie wir das schaffen können. Aber genauso wichtig ist die Geschichtsvermittlung. Und: Verdamm noch mal, wie geht es eigentlich in den momentanen und künftigen Kämpfen weiter? Da sind die da drinnen nicht schlauer als wir! Aber wir brauchen ihre Einschätzungen genauso wie sie vielleicht unsere.

Waldemar: Wenn man sagt: Ich will diskutieren mit den politischen Gefangenen, ist es wichtig anzusehen, wie eigentlich die Kommunikationsstrukturen sind, um mit den Gefangenen im Knast zu reden. Wie sind die Besuchsbedingungen oder wie kommen Briefe, Bücher und Broschüren in den Knast rein oder auch nicht. Auf der praktischen Ebene wird vom Staat her einfach ein Riegel vorgeschoben, um die Kommunikation, die politische Diskussion, zwischen Drinnen und Draußen zu erschweren bzw. unmöglich zu machen. ...

Fortsetzung nächste Seite

»Wir haben mehr Fragen als Antworten.«

VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN...

Aufruf zur Unterstützung: Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen!

Seit über 20 Jahren befinden sich politische Gefangene in bundesdeutschen Gefängnissen. In der Regel sind sie erschweren Sonderhaftbedingungen, wie z.B. Isolationshaft, unterworfen. Ziel dieser auch als »weißer Folter« bekannt gewordenen Sonderhaft ist es, die Gefangenen zu brechen, sie dazu zu bringen, ihre politische und persönliche Identität aufzugeben und ihre eigene Entwicklung und Geschichte zu verleugnen. Die einzelnen Haftgeschichten unterscheiden sich kaum voneinander. Alle Gefangenen, die derart lange in Haft sind, leiden massiv an den Auswirkungen, die schwere und langwierige gesundheitliche Schäden zur Folge haben können. Diese Haftbedingungen sind nicht willkürlich, sondern sie werden wissenschaftlich erforscht eingesetzt. Die Auswirkungen sind geplant und treten unweigerlich auf. Bernd Rössner, haftunfähiger politischer Gefangener, steht hierfür exemplarisch.

Bernd Rössner war 18 Jahre in Haft, 10 Jahre davon in Isolationshaft. Kein anderer Gefangener in der BRD war derart lange einzelsolitiert. Als Folge dieser Haftbedingungen wurde er schwer krank. Erst nach öffentlichen Protesten wurde ihm für 18 Monate eine Therapie außerhalb des Gefängnisses zugestanden. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat bereits jetzt die Fortsetzung

der Haft nach Ablauf oder Abbruch der »Gnadentherapie« beschlossen. Das ist nur ein Beispiele, wie in der BRD mit politischen Gefangenen umgegangen wird. Trotz der Entlassung von Günter Sonnenberg (das ist die einzige Freilassung – die anderen sind regulär rausgekommen!) ist ihre Situation davon gekennzeichnet, daß entgegen aller Bekundungen aus Teilen der Regierung und Justiz die Gefangenen weiterhin unter erschweren Haftbedingungen leben müssen. Als Beispiel soll hier die weitere Inhaftierung von Hanna Krabbe, Lutz Taufer und Karl-Heinz Dellwo (jeweils seit 18 Jahren in Haft) genannt werden.

Die Fortsetzung ihrer Haft wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf mit ihrer Weigerung an der Teilnahme einer »psychiatrischen Begutachtung« begründet. Die Befürchtungen, daß sich Staat und Justiz entgegen aller Beteuerungen keinen Zentimeter bewegen werden, scheinen sich zu bestätigen. Es gabe keine Zusammenlegung, nicht einmal alle haftunfähigen Gefangenen wurden freigelassen, stattdessen gab und gibt es neue Prozesse selbst gegen Gefangene, die bereits mehrfach zu lebenslänglicher Haft verurteilt sind. Angesichts dieser Tatsachen dürfen wir die Gefangenen und ihre Angehörigen in den Bemühungen um die Freilassung nicht allein lassen. Projekte, Kollektive und selbstverwaltete Betriebe haben sich auch schon in der Vergangenheit für die Belange der politischen Gefangenen eingesetzt. Praktische Solidarität mit den Gefangenen und ihren berech-

tigten Forderungen nach Verbesserung der Haftbedingungen und Freilassung ist nötiger denn je. Konkret schlagen wir vor, daß Betriebe und Projekte sich bereit erklären, monatlich einen Beitrag (mindestens 20,- DM) zur medizinischen und anderweitigen sozialen Unterstützung der politischen Gefangenen in einen Fonds einzuzahlen. Es sollen damit Kosten der medizinischen Versorgung, unabhängige Gutachten und die notwendige soziale Unterstützung nach der Haftentlassung (z.B. Mietkautionen) finanziert werden. Der Fond soll von einen/r RechtsanwältIn treuhänderisch verwaltet werden. Über die Verteilung der Gelder soll eine Gruppe entscheiden, die sich aus TreuhänderIn, ehemaligen politischen Gefangenen und VertreterInnen der einzahlenden Betriebe und Projekte zusammensetzt und den EinzahlerInnen rechenschaftspflichtig ist.

Dieser humanitäre Akt ersetzt natürlich keine politische Diskussion zwischen den Gefangenen und den sie unterstützenden Menschen aus Projekten und Betrieben. Die Solidarität mit den politischen Gefangenen ist ein Prüfstein für die Intention und Praxis unserer politischen Vorstellung! ●

Das Konto wird verwaltet von Rechtsanwältin Seifert, Roland Mayer und Waldemar Schindowski. Eingehende Beiträge werden von diesem Kreis verteilt.

Konto: Rechtsanwältin Seifert, Frankfurt/Main, Kto-Nr. 50010-606, Postbank Frankfurt/Main (BLZ 500 100 60).

ZUM BEISPIEL: IRMGARD MÖLLER



Irmgard Möller wurde im Juli 1972 verhaftet. Im März 1976 wurde sie wegen Mitgliedschaft in der RAF zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt. Kurz vor ihrem Entlassungstermin erging ein neuer Haftbefehl gegen sie, der sich auf Aussagen von Gerhard Müller stützte. Müller war nach jahrelanger Isolationshaft zusammengebrochen und hatte sich als »Kronzeuge« zur Verfügung gestellt. Irmgard Möller wurde in einem neuen Prozeß zu lebenslänglich und 15 Jahre Haft verurteilt. Ihr wurde vorgeworfen, an den Anschlägen der RAF auf US-Militäreinrichtungen beteiligt gewesen zu sein. Anfang 1977 wurde sie in das Gefängnis Stuttgart-Stammheim verlegt.

Am 5. September 1977 entführte die RAF den Arbeitgeberpräsidenten H.-M. Schleyer, um die Freilassung von 13 Gefangenen zu erreichen. Gegen die RAF-Gefangenen wurde sofort Kontaktsperre verhängt; sie waren von der Außenwelt abgeschnitten und konnten auch untereinander nicht mehr kommunizieren. Mitte Oktober entführte ein palästinensisches Kommando eine Lufthansa-Maschine nach Mogadischu, um die Forderungen der RAF zu unterstützen. In der Nacht zum 18. Oktober wurde die Maschine gestürmt. In derselben Nacht starben Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin in ihren Zelle. Irmgard Möller hatte mehrere tiefe Messerstiche in der Brust und überlebte schwerverletzt. In den Medien wurde die offizielle Version verbreitet, die Gefangenen hätten kollektiven Selbstmord begangen. Obwohl Irmgard Möller dies bestreitet und auch zahlreiche Indizien gegen die Selbstmordthese sprechen, werden bis heute alle, die von staatlicher Tötung oder Mord sprechen, strafrechtlich verfolgt.

Seit Juli 1980 ist Irmgard Möller in Lübeck inhaftiert. Mitte 1987, nach 15 Jahren Haft, überprüfte ein Gericht, den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, ob sie entlassen werden könnte. Die Entscheidung war negativ. Ende 1992 beantragte sie erneut ihre Haftentlassung. Sie ist jetzt 46 Jahre alt, seit über 21 Jahren ist sie in Haft, länger als jede andere Frau in einem deutschen Gefängnis.

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Drinnen und Draußen – Ein Kampf?

Waldemar: ... Andererseits habe ich den Eindruck, daß wenn es in staatlichem Interesse ist, läuft auf einmal die Kommunikation. Zum Beispiel die Initiative um Antje Vollmer und anderen, dann klappt es auf einmal. Es werden immer wieder bestimmte Sachen zugelassen und andere nicht.

Roland: Aufgrund der aktuellen Situation, den Streitereien unter den Gefangenen ist mir wichtig zu betonen, daß es hier für mich um Solidarität mit allen Gefangenen geht, daß es für mich um die Freiheit letztlich aller Gefangener geht. Die Schwierigkeit der Vermittlung von Realität von Draußen nach Drinnen ist objektiv davon bestimmt, daß es wahnsinnig schwierig ist, Informationen in den Knast reinzubekommen, mit denen sich die Gefangenen auseinandersetzen können. Es gibt aber auch noch ein zusätzliches Problem.

Also: Diskussionen und Auseinandersetzungen, da wo es möglich ist, z.B. mit denen, welche in den letzten fünf Jahren aus dem Knast rausgekommen sind.

Ich werde des öfteren mal gefragt: Was macht ihr ehemaligen politischen Gefangenen untereinander, seht ihr euch? Es ist natürlich nicht so, daß es einen größeren Zusammenhang gibt, was mit der ganzen Knastgeschichte und politischen Geschichte zu tun hat, aber auch ganz klar mit materiellen Dingen. Wir müssen weitgehend individuell sehen, wie wir den Alltag organisieren, uns einfach eine Existenz und einen Lebensunterhalt aufbauen. Ich sehe darin nicht den Hauptgrund dafür, daß es keine organisierten Diskussionen gibt, aber auch dies spielt

»Ein wichtiger Aspekt ist, zu zeigen, daß es ein solidarisches Verhältnis zu den Gefangenen nach wie vor gibt ...«



11.2.1989 in Essen: Mehr als 10.000 Menschen demonstrieren für die Freilassung von Ingrid Strobel, gegen den § 129a und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen. #

Foto: Umbruch-Bildarchiv

ZUM BEISPIEL: BERND RÖSSNER



Bernd Rössner ist heute 46 Jahre alt. Am 25. April 1975 wurde er nach der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm durch ein RAF-Kommando von der schwedischen Polizei verhaftet. Ziel der Aktion war, die Freilassung der damals 26 RAF-Gefangenen durchzusetzen. Zusammen mit vier anderen

Mitgliedern des Kommandos wurde er an die BRD ausgeliefert und im Juli 1977 zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Er war in dauernder Isolationshaft und wurde ständig von einem Knast in den anderen verlegt. Aufgrund der Haftsituation verschlechterte sich sein Gesundheitszustand kontinuierlich. In den folgenden Jahren stellte er mehrfach Anträge, mit den anderen RAF-Gefangenen zusammengelegt zu werden. Alle Anträge wurden abgelehnt. Er beteiligte sich an zehn Hungerstreiks, um seine Haftsituation zu verbessern.

Ab 1986 wiesen BesucherInnen und Angehörige darauf hin, daß er krank sei und aus der Haft entlassen werden müsse. 1988 wurde dies von einem Arzt bestätigt. Er kann sich kaum noch auf Lesen und Schreiben konzentrieren, zeitweise konnte er keine Nahrung mehr zu sich nehmen. Anstatt ihm aber, wie es die Gesetze der Bundesrepublik für haftunfähige, kranke Gefangene vorsehen, freizulassen, sollte er in eine psychiatrische Haftanstalt verlegt werden. Der massive Protest von Freundinnen und Angehörigen und vor allem sein eigener Widerstand verhinderten das. Im März 1990 wurde sein Antrag auf Haftentlassung abgelehnt. Anfang 1991 reichte seine Mutter ein Gnadengesuch beim Bundespräsidenten ein. Im Sommer 1992 wurde ihm für einen befristeten Zeitraum (12-18 Monate) Haftverschonung gewährt, so daß er in eine offene therapeutische Einrichtung verlegt werden konnte. Dort ist es ihm möglich, sich langsam wieder zu erholen, doch wird dieser Prozeß sehr lange dauern.

Ende 1993 läuft die Frist der Haftverschonung ab, und es muß befürchtet werden, daß er erneut in den Knast kommt. Eine solche Entscheidung könnte für ihn lebensgefährlich werden.

Angesichts des Hintergrunds der Zeit, daß viele Gefangene 10, 15 bis 20 Jahre im Knast sind, daß niemand über die Information durch Papier die ganze Realität von Draußen im Knast mit erfahren kann. Das weiß ich aus meiner eigenen Knastzeit. Man hat bestenfalls eine Ahnung von dem, was da draußen abläuft, sei es über Papiere oder Besuche. Alles was draußen Stimmung ausmacht, wie die Sachen einfach aussehen,

wie sie wirken, das bekommt man im Knast alles nicht mit oder nur ganz rudimentär vermittelt. Das macht für mich auch ein Teil der Schwierigkeit der Diskussion aus, wo ich auch immer merke, daß ich an Grenzen stoße: Wie innerhalb der Linken miteinander umgegangen wird, ganz banale Geschichten, wie geredet wird, oder was für Beziehungen – in Anführungszeichen – jenseits der objektiv politischen, zwischen den Leuten bestehen, das ist nur ganz schwer vermittelbar. Und je länger jemand im Knast ist, umso weniger ist es für einen im Knast nachvollziehbar. Das ist ein Punkt der Schwierigkeit. Ansonsten ist es auch so, daß die Gefangenen schon sehen, daß die objektive Situation der Linken Draußen – die ganzen Umbrüche, Zusammenbrüche – sich verändert hat. Zum Beispiel der letzte Hungerstreik 1989 mit einer relativ breiten Mobilisierung, wo sich viele artikuliert haben: Schon wenige Monate nach Ende des Hungerstreiks war nichts mehr davon übrig. Viele waren auch nicht mehr für eine konkrete Unterstützung ansprechbar. Ich denke, dies ist Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung, hat aber bestimmt noch andere Gründe. Auch bei der sogenannten »Kinkel-Initiative« haben Leute versucht, etwas damit anzufangen, wieder eine Initiative zu entwickeln, etwas einzufordern von den Verantwortlichen im Bezug auf die Situation der Gefangenen. Hier hat es einerseits innerhalb der Linken Diskussionen gegeben hat, ob es reformistisch ist, sich darauf zu beziehen, was zu machen oder nicht. Andererseits muß man von heutiger Sicht aus betrachtet sagen, daß die »Kinkel-Initiative« wahrscheinlich nur ein Ablenkungsmanöver für ihren V-Mann (Klaus Steinmetz/Anmerkung d. Red.) war, um zu suggerieren, wir müssen jetzt eine politische Initiative starten, weil wir sonst nichts auf die Beine kriegen. Es ist zur Zeit nicht möglich, eine konkrete Initiative zu starten mit dem Ziel »Freiheit für alle politischen Gefangenen«: Dies erreichen wir dadurch, daß wir die und die Schritte machen, an deren Endpunkt die Freiheit der politischen Gefangenen steht. Darum geht es mir, daß sie rauskommen und zwar möglichst bald. Aber wie das jetzt organisierbar ist, das kann ich heute auch nicht sagen. Ein wichtiger Aspekt ist, zu zeigen und auch praktisch zu machen, daß es Solidarität gibt, daß es ein solidarisches Verhältnis zu den Gefangenen nach wie vor gibt und daß sich dieses in konkreter und praktischer Unterstützung niederschlägt – auch jenseits von irgendwelchen kontroversen Diskussionen.

eine Rolle. Ich denke aber, falls solche Initiativen zur Unterstützung organisiert werden könnten, wären diese ein Beitrag, mit dem man zumindest dieses Problem anpacken und auch anders bewerkstelligen könnte. Konkret bei Bernd Rössner: Es ist klar, daß er aus dem Knast raus muß, aber auch nicht irgendwo in eine Wohnung einquartiert werden kann. Auf der anderen Seite besteht aber keine Möglichkeit, von der gesagt

werden kann: okay hier ist ein Haus, hier ist eine große Wohnung, in der Leute wohnen und Menschen sind, die seine Geschichte haben, wo er erstmals sein kann, ohne total eng aufeinander

»Es gibt im Moment keine absoluten Wahrheiten, sondern alle müssen versuchen, etwas herauszufinden«

zu hocken.

Leh: Das habe ich jetzt nicht verstanden?

Roland: Alle ehemaligen politischen Gefangenen wohnen allein oder in Zwei- oder Drei-Zimmerwohnungen. Natürlich könnte Bernd Rössner da rein, aber ein größerer Kontext besteht nicht. Und eine andere Form von Zusammenleben, daß existiert erstmal nicht.

Leh: Es gibt aber auch Kommunen, Wohnprojekte und Lebensgemeinschaften, wo diese Aufnahme durchaus vorstellbar wäre. Ob es in der Stadt oder auf dem Land ist. Also, wir versuchen seit 1989 so etwas wie verbindlichere Strukturen zwischen

le Gruppen haben ihre Materialien eingepackt und in den Knast geschickt, die Gefangenen standen vor einem Berg von Papier. Ich finde es wichtig, daß trotz aller Auseinandersetzungen eine soziale Verantwortung da ist. Man kann nicht nur sagen, daß der Staat die Kommunikation behindert, sondern es ist auch so, daß in den letzten Jahren vieles offener geworden ist. Man redet auch über vieles anders als vor fünf Jahren, mehr über Schwierigkeiten, versucht einen neuen Weg herauszufinden. Das kann mobilisieren und beitragen, alte Sachen mal zu lassen. Ich würde nicht sagen, es liegt alles darnieder. In den vergangenen Auseinandersetzungen, finde ich, daß dieser »neue Wind« einfach nicht präsent war. Es wurde von Wahrheiten ausgegangen. Durchgängig in jedem Brief finde ich etwas Richtiges und auch was Schreckliches. Und das ist etwas Auffälliges, hier ist keine abgeschlossene Diskussion, wo man die Tür zuknallen kann. Im Grunde müßte man vielmehr so rangehen: Es gibt im Moment keine absoluten Wahrheiten, sondern alle müssen zusammen etwas herausfinden. Eine materielle Unterstützung ist notwendig, aber ebenso müßte über den kleinen Kreis der »UnterstützerInnen« hinaus gegangen werden. Ich merke dies auch an mir selbst, ich werde auch müde. Ich bin nur eine Person mit einer Lebensgeschichte, ich kann nur ein kleines Bündel vermitteln. Es müßten viel mehr Leute ein Gefühl dafür bekommen, wie wichtig es ist, auch mal den Gefangenen zu schreiben. Bei einem persönlichen Kontakt würde sich auch eine andere Dimension herstellen lassen. Es geht auch darum, Geschichte zu vermitteln. Weil einfach viele nicht wissen, was einzelne Gefangene, außer ein paar Anschlägen, noch gemacht haben. ●

ZEITSCHRIFTEN:

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD:

ANGEHÖRIGEN INFO

Seit dem Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand 1989 berichtet das Angehörigen Info auf acht Seiten vierzehntägig aktuell und authentisch über die Situation und die Haftbedingungen von politischen Gefangenen. Herausgegeben von ihren Angehörigen, dokumentiert es Briefe und Erklärungen der Gefangenen, deren politischen Aussagen allzuoft in der Presse verfälscht wiedergegeben werden, um damit Haftverschärfungen zu legitimieren.

Informationen über Solidaritätsveranstaltungen, -aktionen und Diskussionsbeiträge auch zu aktuellen Themen »draußen« sind darin ebenso enthalten wie Berichte über den Kampf um Gefangenrechte – in der BRD wie international.

Halbjahresabo: 13 Ausgaben, 26,80 DM (Förderabo 39 DM).

Bestellungen an:
GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg

Hinweis der CONTRASTE-Redaktion:

Mit einer inhaltlich ähnlichen Aufgabenstellung, erscheinen außer dem »Angehörigen Info« noch zwei andere Zeitungen:

Rote Hilfe-Zeitung

vierteljährlich. Gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 4,00 DM (15 DM/Abo 1 Jahr) in Briefmarken bei folgender Adresse:
Rote Hilfe, Postfach 6444, 24125 Kiel

clockwork 129a

Informationen über 129a-Verfahren und andere politische Prozesse. Ebenfalls in Buch- oder Infoläden. Ein Abo kostete 4 DM für fünf Exemplare einer Nummer (da ansonsten die Kosten des Versandes zu teuer sind).

Kontakt: clockwork 129a, Leibnizstr. 24, 55118 Mainz

POLITISCHE GEFANGENE:

Objekt der staatlichen Kriegsführung

Vor 11 Jahren hat Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer begonnen, politische Gefangene zu vertreten. Obwohl alle Auswirkungen der Isolationshaft bekannt waren, wurde sie uneingeschränkt fortgeführt und institutionalisiert. Ein materialreicher Bericht, der sowohl das Schicksal der inhaftierten Gefangenen wiedergibt als auch die permanente Verfeinerung und Systematisierung des Staatsapparates beleuchtet.

Wenn ich hier über 22 Jahre Sonderhaftbedingungen und Sondermaßnahmen gegen die politischen Gefangenen spreche, dann fällt mir das schwer.

Nicht etwa deshalb, weil mit dem Material fehlt. Es gibt zig medizinische Gutachten über die zerstörerischen Auswirkungen der Isolationshaft. Es sind Hunderte von Büchern und Broschüren geschrieben und tausende von Vorträgen gehalten worden. Qui habet aures audiendi, audiat – wer Ohren hatte zu hören, der konnte hören. Nein, es fällt mir schwer, weil ich nicht über Zahlen spreche, sondern über Menschen. Zeit ist für den Menschen keine unerschöpfliche Ressource. Ich spreche von Irmgard Möller, die demnächst in ihr 21. Haftjahr geht. Ich spreche von Lutz Tauber, Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Knut Folkerts und Stefan Wisniewski, die 18, 16 und 15 Jahre in Haft sind. Ich spreche von Bernd Rößner, 18 Jahre in Haft und schwer krank, dem der Staat weiterhin die Gesundheit verweigert und für den das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf bereits jetzt die Fortsetzung der Haft nach Ablauf oder Abbruch der -Gnadentherapie- beschlossen hat. Ich spreche von Rolf Heissler, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe, Rolf-Clemens Wagner, Eva Hauke, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann, Helmut Pohl, Heidi Schulz, Norbert Hofmeier, Erik Prauss, Christian Kluth, Andrea Sievering, Sigrid Happe, Gabi Hanka, Ali Jansen, Stefan Feifel und Sven Schmidt, alle zwischen 4 und 14 Jahren in Haft. Ich spreche z.B. von Günther Sonnenberg und Angelika Goder, die zwar jetzt aufgrund unserer Arbeit in Freiheit sind, was uns aber die an ihnen vollzogenen Maßnahmen nicht vergessen läßt. Und ich spreche auch von 10 Hungerstreiks, mit denen sich die Gefangenen gegen die Isolationshaft zur Wehr gesetzt haben. In diesen Streiks hat es Tote gegeben.

Als ich vor 11 Jahren, damals noch als Referendar, anfangs politische Gefangene zu vertreten, waren alle Tatsachen über die Auswirkungen der Isolationshaft bereits bekannt. Ich habe in der Folgezeit als Verteidiger der Gefangenen hautnah miterlebt, wie die Auswirkungen sind. Nach zwei oder drei Jahren unter verschärfter isolierender Haft zeigen alle Gefangenen dieselben Symptome körperlicher Erschöpfung, Orientierungslosigkeit in der Zeit, Verlust von Sprachfähigkeit, wie wir sie aus den Erfahrungen der Gefangenen aus den frühen 70er Jahren kennen, die als erste mit Isolation konfrontiert waren.

Die Gefangenen haben gelernt, gegen diese Haft Widerstand zu leisten. Aber der reale Zerstörungsprozeß kann dadurch immer nur verlangsamt, nicht gestoppt werden, und nach 5, 10, 15 und mehr Jahren gibt es bei jedem Gefangenen qualitative Einbrüche in die Gesundheit, die irreversibel sind. Die seelische Qual, die es für jede und jeden bedeutet, die eigenen Erfahrungen nicht austauschen zu können – bei aller Differenzierung der Haftbedingungen ist der geplante und bis ins Kleinste gesteuerte Entzug von Kommunikation immer noch das zentrale Bekämpfungsmittel der Justiz – dieser psychische Druck produziert körperlichen Schmerz, der umschlägt in Krankheiten. Genauso erzeugt auch die körperliche Tortur – Trennscheibe, dauerndes Nackt-Ausziehen, und das tausende Male für die meisten Gefangenen – eine Beeinträchtigung des Fühlens, Denkens, der Vorstellungskraft. Gefangene, die jahrelang unter diesen Bedingungen versucht haben zu überleben, zu leben und zu kämpfen – diesen Gefangenen gegenüber kann nichts mehr -normalisiert- werden.

GERICHTLICHE FOLTERBESCHLÜSSE

Die Haftbedingungen sind Ergebnis der Folterlogik des Staates, die sich als Kontinuum bis heute durchzieht. Ich will dies kurz durch Zitate aus Beschlüssen von Staatsschutzgerichten verdeutlichen. Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes führt in seinem Beschluß vom 22.10.1975 aus, daß -es nicht ernsthaft bezweifelt werden kann, daß die Angeklagten die Auswirkungen der isolierenden Haftbedingungen seit langem erkannt haben. Wenn sie gleichwohl seit Jahren das Verhalten fortsetzen, das die staatlichen Organe zur Anwendung dieser Haftbedingungen zwingt, so haben sie damit die Herbeiführung ihrer Verhandlungsunfähigkeit in Kauf genommen.-

Die Gefangenen selbst werden für die gesundheitlichen Schäden verantwortlich gemacht. Als -verschwindend kleine Minderheit-, die die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD mit Gewalt verändern wolle. Diese Entscheidung wurde vom Bundesverfassungsgericht im Januar 1976 bestätigt. Seitdem ist in der Bundesrepublik die Folter des politischen Gegners verfassungskonform. Ganz auf dieser Linie auch heute das OLG Frankfurt am 21.4.1992 in seinem Beschluß, den schwerkranken Ali Jansen nicht zu entlassen: -Diese Erkrankung mag zwar seine Strafempfindlichkeit erhöhen, eine daraus sich ergebende Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar.-

Das OLG Hamburg am 16.2.1993 in seiner Begründung, warum Christine Kuby nach 15 Jahren nicht entlassen werden soll: -Eine Untersuchung ist geboten, weil die Verurteilten

selbst erklärt hat, durch die lange Inhaftierung auch psychisch beeinflusst worden zu sein. Ob sich aus der vorgebrachten psychischen Beeinträchtigung positive oder negative Auswirkungen auf die Gefährlichkeitsprognose ergeben, wird durch eine psychiatrische Begutachtung zu klären sein.-

Dies sind die neusten Folterbeschlüsse der deutschen Justiz. In der ersten Entscheidung macht das Gericht die Krankheit des Gefangenen zum Druckmittel, um bei ihm einen -Sinneswandel- hervorzurufen. Ali Jansen, der unter schwerem Asthma leidet und in den letzten Jahren durch akute Anfälle in lebensbedrohende Situationen kam, soll damit täglich weiter unter Druck gesetzt werden, solange er seine politische Haltung nicht aufgibt.

Der Hamburger Beschluß wiederum besagt, daß das Gericht zunächst psychische Schäden durch die Haftbedingungen zugesteht, daraus dann aber den Schluß zieht, ob dies nun -positiv- oder -negativ- zu beurteilen wäre. Positiv i.S. des Hamburger OLG wäre, wenn die Gefangene durch die Haftbedingungen dazu gebracht werden könnte, ihre politische Identität aufzugeben. Negativ, wenn die Haft dem Staat dieses Ergebnis nicht gebracht hat. Die Gefangenen sitzen dafür, weil sie den Staat angegriffen haben. Aber kein Staat hat das Recht, seinen politischen Gegner zu foltern.

HAFTBEDINGUNGEN ZUNEHMEND AUSDIFFERENZIIERT

Einzelheiten und Ausformungen der Haftbedingungen darzustellen, würde hier den Rahmen sprengen. Ich kann hier nur exemplarisch sein. Alle Maßnahmen gegen die Gefangenen zeichnen sich dadurch aus, daß sie Ausnahmecharakter haben. Sie waren teilweise illegal und mußten erst nachträglich durch Ad-hoc-Gesetze legalisiert werden. Die Haftbedingungen wurden in den letzten Jahren immer weiter ausdifferenziert – sie sind für Außenstehende weniger durchschaubar in ihrer Zielsetzung.

Anfang der 70er Jahre wurden die Gefangenen in einem leeren abgetrennten Flügel eines Gefängnisses untergebracht (Ossendorf, Lübeck, Hannover, Straubing). Zu jener Zeit wurde gegen die Gefangenen während der U-Haft durchweg das sog. 24-Punkte-Programm verfügt. Dieses Programm sah ausnahmslos die strikte Trennung von anderen politischen Gefangenen und von anderen Gefangenen überhaupt vor. Durch die in der Regel mehrjährige U-Haft hieß das für die Gefangenen über einen langen Zeitraum 23 Stunden allein in der Zelle und eine Stunde allein auf dem Hof. Ich will aus einem Bericht von Karl-Heinz Dellwo aus dem Jahre 1988 zitieren, aus dessen spröden Worten das ganze Ausmaß deutlich wird:

-Zusammenfassend: Ich bin nun fast 13 Jahre inhaftiert, seit über 9 Jahren im Hochsicherheitstrakt. Ich war insgesamt 21 Monate allein, 29 Monate zu zweit, 47 Monate zu dritt, 49 Monate zu viert (5 Monate davon beschränken sich auf die Stunde Hofgang), 5 Monate zu fünft, anderthalb Monate in Kontaktsperre und vor fast 10 Jahren zu drei verschiedenen Zeitpunkten insgesamt 3 Monate während der Stunde Hofgang mit mehreren sozialen Gefangenen zusammen.

Von April 1977 bis Februar 1985 habe ich 12 Hungerstreiks durchgeführt, kollektiv oder allein, zeitweilig auch als Durststreik – von insgesamt 14 Monaten und 15 Tagen Dauer. Während der Hungerstreiks wurde ich über 90mal von Rollkommandos aus der Zelle geschleppt und unter Fesselung gewaltsam intravenös oder mit Sonde zwangsernährt. Das Abschleppen und Fesseln im -Bunker-, mitunter 50 Stunden auf dem Rücken liegend, insbesondere in den ersten Jahren wegen -Ungehorsam- oder Widerstand gegen terrorisierende Wärter nicht mitgerechnet.

Während einem Jahr, von Oktober 1977 bis Dezember 1978, gehörte ich ebenso zu jenen Gefangenen, die aus Rache für Angriffe der Guerilla mit allen nur möglichen Mitteln drangsaliiert wurden: Monatelang saß vor meiner Zelle ein Wärter, guckte alle 3 Minuten durch den Spion und notierte, was ich gerade tat. Zwischendurch schlugen sie gegen die Tür oder riefen Beleidigungen oder höhnende Bemerkungen rein. Ein Jahr lang brannte auch nachts über das Licht, kamen nachts Rollkommandos rein, um die von mir angebrachten Verdunkelungen herunterzureißen und mich oft in den Bunker zu schleppen. Ein Wink beim Hofgang zu irgendeinem unbekanntem Fenster reichte aus, um den Hofgang gewaltsam abzubrechen. Was mir aus der Zelle geholt werden konnte, wurde herausgeholt. Täglich buchstäblich auf den Kopf gestellt, immer wieder Papiere zerstreut, mit Essen vermischt oder einfach zertrampelt, es gab Tage, da mußte ich mich 10mal vollständig umkleiden, denn jedesmal, wenn ich die Zelle verließ oder zurückkam, mußte ich einen neuen Satz Kleider anziehen.-

GESTEUERTE KOMTARTE

Dieser Bericht steht exemplarisch für die einer Vielzahl anderer Gefangener. Gefangene, die in Stuttgart ihren Prozeß hatten, waren über einen langen Zeitraum den in Stammheim praktizierten verschärften Isolationsbedingungen ausgesetzt. Christian Klar und Manuela Happe waren beide 6 Jahre dort. Isolation ist heute differenzierter. Sie ist nicht mehr mit den Stichworten -Toter Trakt- oder -camera silens- zu fassen. Aber qualitativ hat sich nichts geändert. Die Gefangenen, die allein im Knast sind, haben Kontakte zu anderen Gefangenen, aber, und das ist der entscheidende Punkt, nicht zu ihren Genossinnen und Genossen. Der -Normalvollzug bis zur Vergasung- (so ein Bundesanwalt in den 80er Jahren – d. Red.) ist eine besondere Form der Isolation. Die medizinischen Gutachten von 1976 sind weiter gültig. Eine interaktionsfähige Gruppe ist erst dann gegeben, wenn 15 Gefangene, die etwas verbindet, zusammen sind.



Foto: Umbruch-Bildarchiv

Kontakte zu anderen Gefangenen bedeuten keine qualitative Verbesserung der ursprünglichen Einzelhaft. Kontakte mit anderen Gefangenen werden durch dauerndes Wechseln, der Belegung in einem Flügel und andere Methoden total gesteuert. Nichts um den politischen Gefangenen herum soll dem Zufall überlassen bleiben.

Hier nur ein Beispiel aus dem letzten Jahr: Brigitte Mohnhaupt, seit November 1972 in Haft, seitdem unter wechselnden Isolationsbedingungen immer nur mit ausgesuchten Gefangenen beim Hofgang zusammen, wurde die Teilnahme an einer Sportgruppe verweigert, mit dem Hinweis des Anstaltsleiters in Aichach, sie hätte ja noch nicht einmal die Hälfte ihrer Haftzeit abgesessen.

Auch die bestehenden Kleingruppen in Ossendorf, Lübeck und Celle bedeuten keine Aufhebung der Isolation. Kleingruppenisolation zielt auf den gleichen Kern wie die Einzelisolation.

22 Jahre Sonderhaftbedingungen heißen auch 22 Jahre Haftlingsüberwachung. Für die sog. -Haftlingsüberwachung- gibt es kein Gesetz. Es gibt sie, seitdem es die ersten Gefangenen aus der RAF gibt – jeder politische Gefangene aus bewaffneten oder Widerstandsgruppen unterliegt dieser Überwachung, die im BKA zentralisiert wird. Hier werden alle Informationen über die Gefangenen gesammelt, ausgewertet, die dem Staatsschutz nur irgendwie in die Hände kommen. In keinem Prozeß wurden diese Akten jemals offengelegt.

Die Daten aus der -Haftlingsüberwachung- werden gespeist durch die Überwachung aller BesucherInnen der politischen Gefangenen (nach der Verhaftung durch das BKA, später durch das LKA), der gesamten aus- und eingehenden Post, durch Berichte des Vollzugspersonals über das Verhalten der einzelnen Gefangenen in der Haft, durch Spitzelberichte und illegal abgehörte Gespräche der Gefangenen – auch, wie eine neue Anweisung der Koordinationsgruppe Terrorismus (KGT) belegt, Telefongespräche der Gefangenen mit ihren AnwaltInnen. 1989 wurden durch den Streik zum erstenmal Ausnahmen von dieser Regel erkämpft: Unbewachte Besuche von Angehörigen für die meisten der Gefangenen und erste unbewachte Besuchsgruppen in zwei Knästen.

Aber sonst wird die Haftlingsüberwachung immer weiter ausgebaut und institutionalisiert. Besuchsberichte werden an die Bundesanwaltschaft, den Verfassungsschutz und die Landeskriminalämter in der ganzen BRD weitergeleitet. BesucherInnen, Angehörige, FreundInnen, AnwaltInnen werden in diesem System miteingefügt als -Kontaktperson-, die darüber selbst wieder weiter überwacht werden. Die Folge ist direkte Repression und Kriminalisierung. Zuerst gegen die Gefangenen, aber potentiell ist jeder, der Kontakt mit ihnen aufnimmt, davon betroffen. Da die Überwachung nachrichtendienstlichen Zwecken dient – zur Ausforschung, Punktion für Fahndung oder für Entsolidarisierungskampagnen in der Öffentlichkeit – ist sie in ihrem Wesen manipulativ. Aus -Erkenntnissen- aus den Zellen werden sog. -Sicherheitslagen- konstruiert und gezielt in die Medien gestreut: -Die Gefangenen planen einen Hungerstreik-, -Die Gefangenen planen die Aktionen der Illegalen-, -Zellensteuerung- usw. – diese alle Jahre wiederkehrenden psychologischen Kampagnen sind jedem/r Interessierten hinreichend bekannt.

Es soll hier nur gezeigt werden, daß der oder die einzelne Gefangene – solange sie an ihrer politischen Geschichte festhalten und auch in der Gefangenschaft um politische Diskussion, Auseinandersetzung und Organisierung kämpfen – immer Objekt der staatlichen Kriegsführung sind – jede einzelne sowie die Gruppe der politischen Gefangenen als politischer Zusammenhang. Für die politischen Gefangenen gibt es keine normale Lebenssituation im Gefängnis. Sie sind weder Untersuchungs- noch Strafgefangene, sondern, wie der Justizminister von NRW 1991 feststellte: -Gefangene des Bundes-. Für diese Gefangenen gilt die zentrale Zuständigkeit von Bundesanwaltschaft und BKA vom ersten bis zum letzten Tag der Haft. Sondergesetze und Sondergerichte bestimmen das Verfahren. Selbst gegen Gefangene, die bereits mehrmals zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden, finden neue Prozesse statt, aufgrund von erdealteten Kronzeugenaussagen.

STAATSGEISELN SEIT 1977

Das Kontaktsperregesetz ist bis heute nicht abgeschafft. Die Gefangenen sind Staatsgeiseln – unabhängig von ihrem Verhalten in der Haft. Hier nur je ein Beispiel aus den 70er und 90er Jahren:

Als im September und Oktober 1977 über 100 politische Gefangene unter Kontaktsperre gehalten wurden, die drei der Gefangenen nicht überlebt haben, hatte die damalige Regierung unter Kanzler Schmidt dies mit einer angeblich bestehenden -Zellensteuerung- der RAF-Aktionen begründet. Auch wenn sich in der Folgezeit herausstellte, daß es dafür weder Anhaltspunkte gab, noch daß es von den Verantwortlichen auch nur angenommen wurde, wurde im Sommer 1991 von Bundes- und Landesjustizministern gemeinsam beschlossen bei der nächsten Aktion der RAF die Gefangenen, die zu der Zeit zusammen waren, auseinanderzulassen.

Und der seit Jahrzehnten gültige Geiselnstatus der Gefangenen wird auch an folgenden Zitaten deutlich: -Doch die Chancen dafür (Begnadigung – d. Red.) stehen schlecht im Augenblick. Der Bundeskanzler sei strikt dagegen, heißt es in Bonn – jedenfalls so lange die Morde am Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Herrhausen, und an Treuhändchef Rohwedder nicht aufgeklärt seien.- (-Die Zeit- vom 2.4.93)

-Der Bundespräsident wiederum würde, falls doch Anträge kämen, nicht begnadigen, weil er weiß, daß der Kanzler dagegen ist.- (-Spiegel- vom 5.4.93)

-Eine Begnadigung des kranken Terroristen Bernd Rößner unterließ, weil das Bundeskanzleramt dem Bundespräsidenten die Rückendeckung dafür nicht zusichern wollte.- (-SZ- vom 30.3.93)

Diese kurzen Beispiele sollten hier genügen, um die wesentliche Bedrohung von Gesundheit und Leben der politischen Gefangenen – ihren Geiselnstatus – zu dokumentieren. Um die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand besteht seit über 20 Jahren ein Ausnahmezustand, der nur durch eine zentrale Entscheidung der politischen Apparate beendet werden kann.

Stattdessen wird seit Frühjahr 1991 durch die Schaffung der -Koordinierungsgruppe Terrorismus- – KGT – die staatliche Gewalt gebündelt und konzentriert gegen die Gefangenen eingesetzt. In der KGT sind unter Leitung des BKA die Bundesanwaltschaft, Verfassungsschutzämter, LKA's und die Innen- und Justizministerien der Länder zusammengefaßt. Dabei hat sich schnell gezeigt, daß das Hauptziel der operativen Maßnahmen, die dort koordiniert werden, die politischen Gefangenen sind:

-Dringende Verbesserung der Haftlingsüberwachung – dabei ist der Justiz, insbesondere den Lesern, bei der Überwachung der Haftlingspost die sachkundige Unterstützung der Polizei und des Verfassungsschutzes anzubieten. Die Justiz wird gebeten sicherzustellen, daß sachdienliche Erkenntnisse sofort an die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden übermittelt werden... Verbesserung der Haftlingsüberwachung, einschließlich der Kommunikationsbeziehungen zwischen einsitzenden Gefangenen und ihren Verteidigern, sowie Einführung einer Übermittlungspflicht der Haftbehörde gegenüber der Polizei... Ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung.- (Ständige Konferenz der Innenminister der Länder, 3.5.1991, zitiert nach einer Presseerklärung der PDS vom 16.7.1991)

Ungeachtet der bestehenden gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen soll die Kriegsführung gegen die Gefangenen noch weiter ausgebaut werden. Die einzige, politisch und menschlich richtige Konsequenz aus 23 Jahren Sonderhaft ist die Freilassung aller politischen Gefangenen. ●

Dieser Beitrag wurde am 20. März 1993 auf einer Veranstaltung -Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand!- gehalten.

Die politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand in der BRD:



Karl Heinz Dellwo
11.4.1942 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 19 Jahre inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Trift 14, 29221 Celle



Stefan Feifel
(Gef. aus dem Widerstand)
Urteil: 7 Jahre
seit 5 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Obere Kreuzäckerstr. 6-8,
60435 Frankfurt



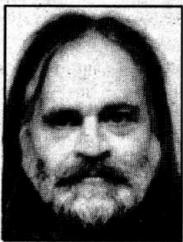
Knut Folkerts
1.1.1952 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 17 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Trift 14, 29221 Celle



Manuela Happe
28.2.1956 (Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 10 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Münchener Str. 33,
86551 Aichach



Eva Haule
16.7.1954 (Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 8 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Obere Kreuzäckerstr. 6-8,
60435 Frankfurt



Rolf Heissler
3.6.1948 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 15 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Ludwigshafener Str. 20,
67227 Frankenthal



Sieglinde Hofmann
14.3.1945 (Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 14 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Rochusstr. 350, 50827 Köln



Norbert Hofmeier
1.1.1947 (Gef. aus dem Widerstand)
Urteil: 8 Jahre
seit 7 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Krümmede 3, 44791 Bochum



Birgit Hogefeld
(Gef. aus der RAF)
Gerichtsverfahren noch nicht eröffnet
zur Zeit:
c/o Richter beim BGH,
Herrenstr. 45a, 76125 Karlsruhe



Ingrid Jakobsmeier
26.12.1953 (Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 10 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Obere Kreuzäckerstr. 6-8,
60435 Frankfurt



Christian Klar
20.5.1952 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 12 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Schönbornstr. 32,
76646 Bruchsal



Hanna Krabbe
24.10.1945 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 19 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Marliring 41, 24114 Lübeck



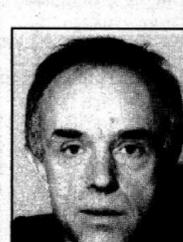
Christine Kuby
15.12.1956 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 16 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Marliring 41, 24114 Lübeck



Irmgard Möller
13.5.1947 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 22 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Marliring 41, 24114 Lübeck



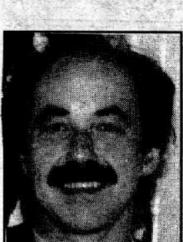
Brigitte Mohnhaupt
24.6.1949 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 12 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Münchener Str. 33,
86551 Aichach



Helmut Pohl
14.9.1943 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 10 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Paradeplatz 5,
34613 Schwalmstadt



Adelheid Schulz
31.3.1955 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 12 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Rochusstr. 350, 50827 Köln



Lutz Taufer
26.3.1944 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 19 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Trift 14, 29221 Celle



Inge Viett
(Gef. aus der RAF)
Urteil: 15 Jahre
seit 2 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
c/o OLG, 2. Strafsenat,
Stresemannstr. 1, 56068 Koblenz



Rolf-Clemens Wagner
30.8.1944 (Gef. aus der RFA)
Urteil: lebenslänglich
seit 15 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Paradeplatz 5,
34613 Schwalmstadt



Stefan Wisniewski
8.4.1953 (Gef. aus der RAF)
Urteil: lebenslänglich
seit 16 Jahren inhaftiert
zur Zeit:
JVA, Krümmede 3, 44791 Bochum

Aufgenommen wurden alle politischen Gefangenen die zum Zeitpunkt der Erstellung (Dezember 1993) noch im Gefängnis inhaftiert waren, bzw. die nicht in allernächster Zeit entlassen werden. Keinesfalls sollen damit andere Gefangene ausgegrenzt werden. Es fehlen z.B. ausländische politische Gefangene, die in bundesdeutschen Gefängnissen einsitzen. Auch sollen nicht die sogenannten -sozialen- Gefangenen damit vergessen werden. Wo natürlich Solidarität auf seine Grenze stößt, ist bei den Gefangenen - den Kronzeugen aus der ehemaligen DDR - aufgrund deren Aussagen eine Reihe von Gefangenen zusätzlich zu langjährigen oder lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Inge Viett war dabei als ehemalige DDR-Bürgerin die einzige, die sich nicht auf den -Deal- mit dem Staat eingelassen hat. Grundsätzlich bleibt aber festzustellen, daß alle Gefangenen, unabhängig ihrer sozialen und politischen Biographie, nicht unter Haftbedingungen leben sollen, deren Inhalt die Zerstörung und Erniedrigung ist.

Die Intention dieser Liste ist auch, daß Einzelne oder Gruppen direkten Kontakt mit den Inhaftierten aufnehmen können.

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. -Zur-Habe-Nahme- ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

RÜCKMELDECoupon

- Wir haben einen monatlichen Dauerauftrag in Höhe von DM (Mindestbetrag 20,00 DM) eingerichtet.
- Wir möchten gerne 100 Ex. der CONTRASTE-Special-Ausgabe zum verteilten (10 DM für Versandkosten beigelegt).
- Wir haben nichts dagegen wenn unser Projektname mit Ort auf einen Plakat zu dieser Aktion abgedruckt (Planung ist vor Januar/Februar 1994 vorgesehen; bei Bereitschaft wird nochmals der Text des Plakates übermittelt).
- Wir könnten uns vorstellen Veranstaltung/Diskussionen in unserer Stadt/Region zu organisieren.
- Wir möchten angerufen werden, da wir uns noch nicht zur einer finanziellen Unterstützung bereiterklären können.

Adresse:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

Datum, Unterschrift:

Coupon einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

CONTRASTE ZUM GRAUEN ALLTAG

- Sind wir vor unseren Utopien noch zu retten?

Seit nun bald 10 Jahren erscheint CONTRASTE, die einzige überregionale Monatszeitung für Selbstverwaltung. Entgegen dem herrschenden Zeitgeist, der sich in allen Lebensbereichen breitmacht, wird hier regelmäßig aus dem Land der gelebten Utopien berichtet: über Arbeiten ohne Cheffin für ein selbstbestimmtes Leben, Alternativmedien, Frauenprojekte, Kommu-

nen, Kultur von unten und andere selbstverwaltete Zusammenhänge.

Desweiteren gibt es nützliche Infos über Verbände im Selbstverwaltungs-Bereich, Seminare, Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt.

Unsere Szene ist buntgemischt, und die vielen Ansätze zu einem besseren Leben lassen sich glücklicherweise nicht in einer einheitlichen Ideologie zusammenfassen. CONTRASTE ist ein Spiegel dieser Vielfalt und versteht sich als Forum der alternativen Bewegungen. Alle und jeder können und sollen sich ruhig zu Wort melden. Die RedakteurInnen arbeiten selber in den verschiedenen Regionen und Zusammenhängen. Sie arbeiten ehrenamtlich und aus Engagement.

BUNTE SEITEN

- Adreßverzeichnis selbstverwalter Betriebe und Projekte
Ein besonderer Service von CONTRA-

STE sind die BUNTEN SEITEN, das Adreßverzeichnis der selbstverwalteten Betriebe und Projekte im deutschsprachigen Raum (BRD, CH, A). Obwohl es eine Reihe von Verzeichnissen aus der Alternativ- und Ökologiebewegung auf dem Markt gibt, sind die BUNTEN SEITEN vom Spektrum der vertretenen Projekte bisher unerreicht. Sie werden im wahrsten Sinne des Wortes -von unten getragen-, die Adressen sind hauptsächlich durch aktive Mitarbeit der BenutzerInnen zusammengekommen.

Die HerausgeberInnen wollen damit die Kommunikation, Vernetzung und praktische Kooperation zwischen den verschiedenen ökologischen, sozialen, kulturellen und selbstverwalteten Ansätzen fördern. Alle diese Projekte folgen ihrem eigenen, verschärft selbstbestimmten Weg. Trotzdem soll aus dieser bunten Vielfalt - ganz ohne Organisation von oben - etwas gemeinsames entstehen. Jede Adresse ist auf ihre Art ein Kontrast zum grauen Alltag - sind wir vor unseren Utopien noch zu retten?

Die neueste Ausgabe der BUNTEN SEITEN kann für 20,- DM bestellt werden. Wer CONTRASTE abonniert (80,- DM/Jahr), erhält die BUNTEN SEITEN als kostenlose Zugabe.

Zum Kennenlernen wird ein Schnupperabo angeboten: 3 Monate CONTRASTE zum Sonderpreis von 10,- DM (Verlängerung als Normalabo incl. BUNTE SEITEN möglich).

Kennenlernen könnt Ihr CONTRASTE natürlich auch zum Einzelpreis von 8,- DM (einmaliges Probeexemplar), dann allerdings ohne Option auf Abo und Bunte Seiten.

SCHNUPPERABO

Ich/Wir bestellen CONTRASTE zum dreimonatigem Kennenlernen zum Schnupper-Preis von 10 DM. Das Schnupper-Abo ist auf drei Monate befristet und läuft ohne weitere Verpflichtung aus. 10 DM habe ich in Briefmarken/Schein/Verrechnungsscheck beigelegt.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg einsenden.